

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendteilung einschließlich Eringerlohn monatlich 80 Pf.
für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und
Ausland M. 3.50 — Ercheinung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jungferstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorlauf zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 92.

Dresden, Sonnabend den 23. April 1910.

21. Jahrg.

Genossen, Genossinnen!

Am 1. Mai wird sich das arbeitende Volk in ganz Deutschland und auf dem ganzen Erdenrund zu einer machtvollen Kundgebung seine Freiheitsideale vereinigen.

In dieser gegenwärtigen Zeit großer politischer und wirtschaftlicher Kämpfe, in dieser Zeit gewalttätiger Kapitalsherrschaft und vermögiger Entrechtungen wird die Arbeiterklasse für ihre Bestrebungen und Ziele laut und vernehmlich ihre Stimme erheben.

Es gilt zu demonstrieren für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft, für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeitenden, für den Schutz von Frauen und Kindern!

Es gilt zu demonstrieren für die Entlastung der Nationen vom barbarischen Druck der Kriegsrüstungen, für die Annäherung der Völker und für den wirklichen Völkerverfrieden!

Es gilt zu demonstrieren gegen alles Unrecht und alle Ausbeutung des kapitalistischen Systems, für eine neue, höhere Kultur, für eine Gesellschaftsordnung der befreiten Arbeit, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Freude!

Alle Ungehörigen des werktätigen Volkes, alle Männer und Frauen, in deren Brust das große Kulturstreben der Arbeiterbewegung brennt, alle, alle sollen teilnehmen an unserm Fest, an unserm Umzug, an unsern Versammlungen unter dem freien Himmel des Frühlings. Alle, alle sollen zusammenströmen zu dem Aufgebot der Massen, die ihre Einheit, ihre Kraft, ihr unerschütterliches Zukunftswollen vor aller Welt gewaltig bekunden.

Genossen und Genossinnen! Euer ist der Erste des Mai! Bereitet das Maifest der Arbeit!

Das geängstigte Kolonialkapital.

Aus der Budgetkommission des Reichstags wird berichtet:

Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufständenausgaben für die Kolonien ist am Freitag der Budgetkommission vorgelegt worden. Es ist möglich, eine ordnungsmäßige Abrechnung über die riesigen Ausgaben vorzulegen, die während des Aufstands in Südwestafrika gemacht worden sind, weil für Millionen Mark verpulverten Geldes Rechnungen nicht vorhanden sind. Es soll eine summarische Abrechnung vorgenommen werden. Die Prüfung der Ausgaben darf nicht überhastet werden. Die Kommission stimmte dem Antrag des Abg. Ledebour zu, daß mindestens ein Betrag von 28 700 000 M. an Aufständenausgaben zu bewilligen ist. Das Geld soll nach der Regierungsvorlage im Wege des Anleihegesetzes beschaffen werden.

Abg. Erzberger hat beantragt, dem Regierungsentwurf im dritten Abschnitt hinzuzufügen, der von der Aufbringung der Aufständenausgaben im Schutzgebiet selbst handelt. Es soll eine außerordentliche Vermögenssteuer im Gesamtumfang von 81 Millionen M. erhoben werden, beginnend mit 1 Proz. vom Vermögen von 300 000 M. Die Steuer soll in vier Jahresraten gesammelt werden und durch Abtretung von Land und Wäldern abzudeckt sein.

In einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde heftig darüber diskutiert, ob der Erzberger'sche Antrag geschäftsordnungsrechtlich zulässig sei. Freisinnige und Nationalliberale forderten immer wieder, daß er über den Antrag im Plenum eine erste Beratung erhalte. Die Freisinnigen haben eine Resolution eingebracht, die die von den Regierungen gefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kosten der Niederwerfung des Aufstands, soweit sie aus Anleiheemitteln gedeckt worden sind, als eine Last des südafrikanischen Schutzgebietes gegenüber dem Reich zu verbleiben. Dieser Vorlage, daß Erzberger's Antrag abgelehnt werden. Die Resolution der Fortschrittspartei erst im Plenum zur Beratung gestellt werden. Der Vorsitzende der Kommission stellte die Frage, daß nach der ständigen Praxis der Budgetkommission die Beratung des Antrages Erzberger's durchaus zulässig sei. Dieser Auffassung trat auch Abg. Ledebour bei. In großer Erregung sprach Staatssekretär Dernburg der Beratung des Antrages. Die Ausführungen erregten teilweise großen Unmut. Er versicherte, der Antrag Erzberger's eine ganz ungehörig grundrührender Prinzipienverletzung zu sein. Die Kolonialgesellschaft, die auf sicherem Rechtsweg die Kolonien zu interessieren, wurde sofort zurückgewiesen von dem Reich. Die Kolonialgesellschaft, die auf sicherem Rechtsweg die Kolonien zu interessieren, wurde sofort zurückgewiesen von dem Reich. Die Kolonialgesellschaft, die auf sicherem Rechtsweg die Kolonien zu interessieren, wurde sofort zurückgewiesen von dem Reich.

der Kolonie ausbleibe. An Kolonialkosten seien 405 Millionen M. Anleihe aufgenommen worden; 20 Proz. davon, 81 Millionen wolle er im Schutzgebiet aufgebracht haben. Die Zahlung könne keineswegs statt in 4 Jahren in 10 Jahren erfolgen. Die ganze Schuld könne die Kolonie nicht tragen. Durch die neuen Verträge mit der Kolonialgesellschaft erhalte das Reich nicht, was die Kommission erstrebe. Die Rechte der Gesellschaft sollten vollständig abgelöst werden. Durch eine Denkschrift der Lüderigbucher Diamanteninteressenten sei der Beweis erbracht worden, daß Dernburg mindestens infolgedessen schwere Fehler machte, daß er das Diamantengebiet für die Kolonialgesellschaft sperre, anstatt für den Fürst. Bürgermeister Streplin und andere Leute in Südwest seien vom Staatssekretär zu unrecht herabgesetzt und beschuldigt worden.

Abg. Wugdan: Wir Wirtschaftspolitiker seien Kolonien nicht in die Höhe zu bringen. Man brauche Kapitalisten, die auch mal Geld verlieren können, die aber dann nicht Gefahr laufen wöden, daß ihnen etwaiger Gewinn weggenommen wird. Wugdan empfahl die volksparteiliche Resolution, von der er aber zugeben mußte, daß sie wenig praktischen Wert habe.

Staatssekretär Dernburg lehnte die Erzberger'schen Anträge und auch die Resolution der Fortschrittler ab. Er stellt überhaupt in Abrede, daß Schutzgebiete etwaige Kriegskosten zu zahlen haben. Die meisten Leute in Südwest seien nach dem Aufstand erst ins Land gekommen und lebten noch vom mitgebrachten Kapital. Die Aktien der Kolonialgesellschaft befinden sich zum großen Teil in den Händen von kleinen Leuten. Durch den Erzberger'schen Antrag würden die Kapitalisten losjucken gemacht. Man solle doch nicht Plakate anschlagen: „Wir warnen Unternehmer!“ Bei dem Vorgehen gegen die Gesellschaften sei hauptsächlich zu beachten, daß Unternehmern fremden Reiches in Frage kommen. Erzberger schäme den Wert der Gesellschaften in Südwest viel zu hoch ein. Alle Gesellschaften seien für einige 60 Millionen Mark aufzukaufen. Schließlich weist der Staatssekretär auf das starke englische Element im Schutzgebiet hin und warnt, welche deutsche Feindsinnigkeit in der Kolonie sich breit machen werde, wenn unangenehm rigoros vorgegangen werde. Die Sperre über das Diamantengebiet müsse aufrecht erhalten werden, um zu verhindern, daß die Hände in englische Hände übergehen. Dernburg bekräftigt nochmals die Rechte der Kolonialgesellschaft und räumt seinen neuesten Vertragentwurf, der dem Fürst höheren Anteil am Diamantengewinn bringt und nach dem die Gesellschaft ihren Landbesitz abtritt, auf den sie unanfechtbare Rechte besitzt. Schließlich beschäftigt sich der Staatssekretär mit dem Denkschrift der Lüderigbucher Interessenten, von der er behauptete, sie widerlege keine seiner Behauptungen, sei im Schutzgebiete nicht bekannt und dort schwerlich vollständig abgelöst worden. Seien 800 Millionen M. im Schutzgebiete, so erhalte der Fürst auf Grund der neuen Verträge 600 Millionen M. davon.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

Wie der Bericht aus der Budgetkommission zeigt, beachtet der Antrag des Abg. Erzberger einen Teil der Kriegskosten des südafrikanischen Aufstandes im Betrag von 81 Millionen Mark durch eine außerordentliche Vermögenssteuer aufzubringen, die von den steuerkräftigen Gesellschaften und Vermögern Südwestafrikas aufgebracht werden soll. Der Antrag beruht also auf dem durchaus richtigen Gedanken, daß die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die das Reich in Südwestafrika gebracht hat, nicht einer kleinen Gruppe von Kapitalisten allein zugute kommen dürfen. Namentlich die Kolonialgesellschaft hat in den letzten Jahren große Gewinne erzielt, die ohne die ungeheuren Aufwendungen des Reiches nie zustande gekommen wären. Es ist also nur recht und

billig, wenn die Interessenten, die aus dem furchtbaren Kolonialkriege Nutzen gezogen haben, auch zur Tragung der Kriegskosten herangezogen werden.

Nun hat aber die privatkapitalistische Spekulation, die vom Staatssekretär Dernburg gefördert wird, mit derartigen Ausgaben, wie sie ihnen der Antrag Erzberger auferlegt, nicht gerechnet, und es ist begreiflich, daß ihr und ihren Bönnern der Schreck in die Glieder gefahren ist. Herr Dernburg bekämpft also den Antrag Erzberger und sogar einen fortschrittlichen Antrag, der die Vertragspflicht der Kolonie lediglich prinzipiell festlegt, auf das allerheftigste. Herr Dernburg verschlägt es im Eifer dieses Gefechts nicht, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Er behauptet, der Kaiser allein habe in den Kolonien das Recht, Steuern aufzuerlegen. Eine fabelhafte staatsrechtliche Auffassung! Das heißt nichts anderes als: Der Reichstag hat die „patriotische Pflicht“, die deutsche Reichsbevölkerung zugunsten der Kolonialkapitalisten auszuwerfen, er hat aber nicht das Recht, auch nur einen kleinen Teil der Ausgaben von den mittlerweile steinreich gewordenen Liebesgabenempfängern zurückzuverlangen! Auf diesen Standpunkt darf sich der Reichstag nicht stellen.

Interessant ist die Haltung der Zentrumsparlei. Sie spielt seit Jahresfrist als schwarzer Junfermann die traurigste Rolle von der Welt. Sie fühlt jetzt das Bedürfnis, irgendwie ihre Popularität aufzufrischen. Wir Sozialdemokraten fragen natürlich nicht nach den Motiven des Antrages, sondern nur nach seinem Inhalt und seinem Wert. Daß aber die Zentrumsparlei durch ein bißchen Anti-Dernburgererei, die noch dazu kaum irgendeinen tatsächlichen Erfolg haben wird, sich von seiner Sünden Ueberfülle loskaufen könnte, daran ist ganz und gar nicht zu denken!

Die französischen Wahlen.

pe. Paris, 21. April.

Nur noch einige Tage trennen uns von den allgemeinen Kammerwahlen. Das einzige, worüber ziemlich leidenschaftlich in den Blättern aller Richtungen debattiert wird, ist kein bestimmter Punkt eines Wahlprogramms, keine politische Forderung, sondern die große Stille, durch die sich der Wahlkampf auszeichnet. Je nach der politischen Richtung, die er vertritt, meint der eine, daß diese Ruhe nichts weniger als den Erfolg der ganzen Bevölkerung an der parlamentarischen Arbeit verate, der andere, daß eine für das herrschende Regime sehr gefährliche Gleichgültigkeit ihren Ausdruck darin finde, wieder ein anderer, daß diese Ruhe nur scheinbar sei, und ein dritter, daß nichts der Republik und ihrer jetzigen politischen Leitung ein besseres Zeugnis ausstellen könne, als die Würde und Sicherheit, mit der die Bevölkerung den Kampf führe. Der Temps, das Blatt der Großkapitalisten, schrieb vor einigen Tagen, daß die Bevölkerung die Wichtigkeit des Radikalismus durchschaue habe und sich deshalb so teilnahmslos verhalte. Worauf die Action, das Blatt der Sozialistisch-Radikalen, die Antwort fand, daß man in der herrschenden Stille ein Aufatmen zwischen zwei Etappen sehen müsse.